



Antrag

der Abgeordneten **Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Inge Aures, Georg Rosenthal, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Angelika Weikert SPD**

Bericht der Staatsregierung zur künftigen Ausrichtung der EU-Sozialpolitik

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen schriftlich und mündlich zu berichten,

- wie die Staatsregierung die von der EU-Kommission vorgeschlagene Europäische Säule sozialer Rechte und deren Inhalte bewertet (hierbei ist einzeln auf die 20 zentralen Grundsätze und Rechte einzugehen)
- und wie sie darüber hinaus die EU-Sozialpolitik bei der zukünftigen Ausrichtung der Politik der EU-27, unabhängig von den im Weißbuch der Kommission vorgestellten Szenarien, schwerpunktmäßig ausgestaltet wissen möchte (hierbei ist genauer auf die einzelnen Schwerpunkte einzugehen).

Begründung:

Die Europäische Kommission hat in den vergangenen Monaten zahlreiche Initiativen für ein sozialeres Europa initiiert und unter anderem damit erfreulicherweise deutlich gemacht, dass die soziale Dimension der EU – im Interesse der Unionsbürgerinnen und -bürger – gestärkt werden muss. Hierbei ist insbesondere die Europäische Säule sozialer Rechte (COM(2017) 250) zu nennen, für die die Kommission am 26. April 2017, nach einer öffentlichen Konsultation, nun die 20 zentralen „Grundsätze und Rechte“ (siehe SWD(2017) 201) zur Unterstützung gut funktionierender und fairer Arbeitsmärkte und Sozialsysteme vorgestellt hat.

Zudem ist in Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Weißbuches zur Zukunft Europas durch die EU-Kommission im März 2017 und für die damit angestoßene Debatte über die Neuausrichtung der EU-27 von besonderem Interesse für die EU-Bürgerinnen und -Bürger, welche Initiativen insbesondere im sozialen Bereich angedacht sind. Die EU-Kommission betont, dass die EU-Sozialpolitik unter Einbeziehung der Mitgliedstaaten, EU-Institutionen, Sozialpartner und auch der Zivilgesellschaft weiterentwickelt werden soll. Daran sollte sich Bayern beteiligen und dem bayerischen Parlament und damit den Bürgerinnen und Bürgern seine diesbezügliche Haltung gegenüber der EU entsprechend darlegen.